

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908**

17.9.1908 (No. 298)



# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 17. September.

№ 298.

1908.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen im Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Anberlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

## Amtlicher Teil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 7. September d. J. gnädigt bewegen gefunden, dem Vorstand des Forstamts Bühl, Forstmeister Freiherrn Theodor von Glaubitz das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 7. September d. J. gnädigt geruht, den Forstmeister Freiherrn Theodor von Glaubitz in Bühl auf sein untätigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters und leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 7. September d. J. gnädigt bewegen gefunden, dem Hauptamtsassistenten Otto Buss in Mannheim das Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 29. August 1908 gnädigt bewegen gefunden, dem Hauptamtsassistenten Otto Buss in Mannheim die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 11. September d. J. wurde Forstamtmann von Riene in Tiengen als II. Beamter zum Forstamt Bruchsal veretzt.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 11. September d. J. wurde Forstamtmann Dr. Pfeiffer in Kändern als II. Beamter zum Forstamt Freiburg veretzt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Die Landtagswahlbewegung in Hessen.

2 Darmstadt, 15. September.

Die Landtagswahlbewegung für die am 28. Oktober stattfindende häftige Erneuerung des hessischen Landtags kommt nunmehr lebhafter in Fluß. Am vergangenen Sonntag nahmen die Nationalliberalen Stellung dazu auf einem Parteitag zu Darmstadt, während die Zentrums- und die freisinnige Partei am 27. September zu Worms tun wird. Die taktische Stellungnahme der einzelnen Parteien hat sich inzwischen dahin geklärt, daß die einzelnen Parteien im allgemeinen wohl getrennt in den Wahlkampf eintreten, aber in einzelnen Wahlkreisen taktische Vereinbarungen stattfinden. Ihre Grundtendenz läuft darauf hinaus, daß in den meisten Fällen Nationalliberale, Zentrum und teilweise auch Bund der Landwirte gegen die Sozialdemokraten und die Freisinnigen zusammengehen. Der Schlüssel zu dieser eigenartigen Konstellation ist in der Wahlrechtsfrage zu erblicken. Während die erstgenannten Parteien bereit sind, für die Erlangung des direkten Wahlrechts zur Zweiten Kammer der Ersten Kammer gewisse Zugeständnisse auf budgetrechtlichem und staatsrechtlichem Gebiet zu machen, stehen auf der anderen Seite Freisinnige und Sozialdemokraten auf dem Standpunkt, lieber einseitig auf die direkte Wahl zu verzichten, als sie durch Verringerung der bevorrechteten Stellung der Volkskammer zu erlangen. Zur Erlangung dieses Zieles müßten beide Parteien zu ihren zehn Sitzen mindestens sieben neue dazu gewinnen, da Verfassungsänderungen nur mit Zweidrittelmehrheit jeder Kammer angenommen werden können. Auch ohne prophezeien zu wollen, kann man jetzt schon sagen, daß eine solche Parteiverschiebung kaum eintreten wird. Es ist zwar anzunehmen, daß die sehr eifrige und über eine große Anzahl politisch geschulter Kräfte verfügende freisinnige Partei mit einigem Gewinn bei dem Wahlkampf abschneiden wird. Aber die Sozialdemokraten werden wohl kaum ungeschwächt aus den Wahlen hervorgehen. Ihren beiden Gewinnmöglichkeiten in Darmstadt-Stadt und Land, stehen die drohenden Verluste ihrer beiden Sitze in Mainz, ferner die von Offenbach-Stadt und Land gegenüber. In diesen Bezirken kam ein gemeinsames Vorgehen von Zentrum und Nationalliberalen zustande, das im Falle des Erfolges für jede der verbündeten Parteien zwei gemonnene Landtags-

sitze bedeuten würde. Bei dieser Sachlage ist es zu verstehen, daß die in den letzten Tagen erschienenen Wahlaufrufe der beiden Parteien fast nichts mehr von den alten Gegensätzen zwischen Liberalen und Ultramontanen erkennen lassen, trotzdem es in mindestens zwei Bezirken (Dieburg und Wald-Michelbach) nicht an heftigen Kämpfen zwischen beiden Parteien fehlen wird. Der nationalliberale Wahlaufruf, dessen Schwäche seine ungewöhnliche Länge ist, erläutert zunächst die Frage der Wahlreform, der Parteistandpunkt in dieser Frage ist durch die Worte gekennzeichnet: Für das direkte Wahlrecht, aber, wenn es nicht anders sein kann, mit Konzeptionen, die auf das äußerste Maß zurückzuschrauben sind. Bezüglich der Verwaltungsreform will der Aufruf die freiheitlichen Grundzüge der seitherigen Verwaltungsgehalte gemahrt wissen, während für die bevorstehende Gemeindesteuerreform eine Annäherung an den Standpunkt der Ersten Kammer zu erwarten ist. Ferner gibt der Aufruf das Versprechen äußerster Sparsamkeit in finanzieller Hinsicht und eine Verteidigung des hessisch-preussischen Eisenbahngemeinschaftsvertrages, an dessen Grundlage die Nationalliberalen nicht gerüttelt haben wollen. Weitere Forderungen betreffen Wünsche auf Besserung der Beamtenbezüge und die Revision der Bauordnung. Bezüglich des Schulwesens besagt der Aufruf bloß, daß es auch ferner mit an der Spitze in Deutschland stehen müsse. Der Aufruf schließt mit der Betonung der Notwendigkeit, die oft widerstreitenden Interessen der einzelnen Stände und Erwerbsklassen auszugleichen, zur Förderung des wirtschaftlichen Gedeihens und des sozialen Friedens. — Der in der Form einer Einladung zur Landesparteierversammlung gehaltene Wahlaufruf der Zentrums- und Freisinnigen in kurzen und deshalb sehr wirkungsvollen Ausführungen die Erlangung des direkten Wahlrechts als die wichtigste Aufgabe des kommenden Landtages, ohne sich hinsichtlich der Konzeptionen an die Herrenkammer zu äußern. Sodann wendet sich der Aufruf energisch gegen die Sozialdemokratie, die Religion und staatliche Ordnung gleichmäßig bekämpfe, und schließlich schließlich mit einem feierlichen Bekenntnis der Liebe zum Vaterland und einem Appell zum konfessionellen Frieden, auf dem allein das Glück des hessischen Volkes gedeihen könne. Ein auf dem Parteitag zu beschließender weiterer Aufruf wird die einzelnen zunächst von der Partei erstrebten Forderungen näher erläutern.

Die Sozialdemokratie, die zuerst in die Wahlbewegung eintrat, hat schon vor längerer Zeit ein Flugblatt in Massen verbreitet, das eine Art Landesprogramm der hessischen Sozialdemokratie vorstellt. Letztere ist in Hessen besonders revisionistisch angehaucht und es nimmt deshalb kein Wunder, daß die eigentlich sozialdemokratischen Parteiforderungen überhaupt keine Rolle spielen und die erhobenen Programmforderungen im allgemeinen auch von radikalen bürgerlichen Politikern schon erhoben worden sind, wenn auch natürlich die Tonart des vom Offenbacher Landesauschuß herausgegebenen Flugblattes um einige Nummern größer ausgefallen ist, als es sonst im politischen Leben der Fall zu sein pflegt. Das Flugblatt beginnt mit der Forderung der Gemeindesteuerreform, deren baldiges Zustandekommen schon um deswillen notwendig ist, weil das jetzige System nur ein Provisorium ist und der bevorstehende Wegfall der Oktroeinnahmen, die in zahlreichen hessischen Gemeinden eine große Rolle spielen, neue Einnahmequellen für die Gemeinden dringend wünschenswert macht. Von allem dem enthält das Flugblatt freilich kein Wort, sondern nur einige Sätze gegen die Erste Kammer und die Schlotbarone.

Die erst vor kurzem zustande gekommene Wertzuwachssteuer gefällt in ihrer Form den Sozialdemokraten nicht, sie fordert deshalb ihre alsbaldige Abänderung, trotzdem noch nicht die geringsten Erfahrungen mit dem jetzigen Gesetz gemacht sind. Weitere finanzpolitische Forderungen des Flugblattes erstreben die progressive Gestaltung der Vermögenssteuer und die Revision des preussisch-hessischen Eisenbahn-Gemeinschaftsvertrages, da Hessen jetzt angeblich alljährlich vier Millionen zu wenig erhält. Eine Begründung dieser Behauptung wird nicht verjucht, sondern nur gesagt, sie sei einwandfrei nachzusehen.

Mit warmen Tönen wird dann behauptet, die Sozialdemokratie sei allezeit für die wirtschaftliche Wohlfahrt der kleinen Landwirte eingetreten. Die daran geknüpften Forderungen rennen durchweg offene Türen ein. Mit Ausnahme des Verlangens nach billigeren Tarifen — für die aber der Landtag nicht zuständig ist — werden

(Mit einer Beilage.)

durchweg Maßnahmen verlangt, die in Hessen mehr als in anderen Staaten schon durchgeführt sind. Die Wünsche, die die hessische Sozialdemokratie für die angeblich auch von ihr gewünschte gesunde Entwicklung von Gewerbe, Handel und Industrie hat, liegen fast durchweg auf dem Gebiet der Reichsgesetzgebung.

Es kommen dann die bekannten Forderungen für die staatlichen Arbeiter, Beamten und Hilfsangestellten: Arbeiter-Ausschüsse, Achtstundentag, Lohnvereinbarungen, freies Adoptionsrecht usw. Bezüglich des Arbeiterschutzes werden ebenfalls alte Forderungen erneuert, trotzdem auch hierin Hessen im allgemeinen allen einigermassen berechtigten Anforderungen genügt. In wie weit die weitere Forderung der Einrichtung kleinerer Sanitätsbezirke mit staatlich vollbesoldeten Ärzten bei der jetzigen Finanzlage des Staates möglich ist, wird in dem Flugblatt nicht näher angegeben, es genügt für diese Politiker ja, möglichst viele Forderungen zu erheben, über die Herbeischaffung der dazu nötigen Mittel können sich dann andere Leute den Kopf zerbrechen.

Die Schulforderungen der Sozialdemokratie sind: Einführung der Einheitschule, Verkleinerung der Volksschulklassen, Reform des Lehrplanes, unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln usw. Sodann wird eine vollständige Trennung von Kirche und Schule verlangt unter heftigen Ausfällen gegen das Zentrum.

Auf rein politischem Gebiet fordert das Flugblatt zunächst die endliche Erledigung der im vorigen Landtag liegen gebliebenen Verwaltungsreform, wobei u. a. Befestigung des Bestätigungsrechts der Regierung, ein kautelenfreies Gemeindevahlrecht u. das Proportional-system für die Gemeindevahlen verlangt werden. Den breitesten Raum in dem Flugblatt nimmt schließlich das Landtagswahlrecht ein. Nach wie vor steht die sozialdemokratische Partei auf der Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum Landtag unter gleichzeitiger Befestigung der Ersten Kammer. Damit wird es allerdings noch auf lange hinaus gute Wege haben. Ueber die gerade jetzt besonders aktuelle Frage der Budgetemilligung schweigt sich das Flugblatt leider aus. Bis jetzt haben die Vertreter der Partei stets, nachdem sie die unmöglichsten Ausgaben verlangt hatten, durch die Ablehnung des Finanzgesetzes die Mittel zur Aufbringung dieser Ausgaben verjagt. Ob es in Zukunft anders gehalten wird, ist noch ungewiß.

### Die Vorgänge in Rußland.

(Telegramme.)

Die Cholera.

\* St. Petersburg, 16. Sept. Die gestern abend veröffentlichten, noch unvollständigen Meldungen ergeben ein schnelles Wachstum der hiesigen Choleraepidemie. Von Montag bis Dienstag mittag sind an Cholera 240 Personen erkrankt und 60 gestorben. Die Gesamtzahl der Erkrankten beträgt 515.

\* St. Petersburg, 16. Sept. Die Stadt Kremenskoj wurde für Choleragefährlich, die Gouvernements Woroneß, Kiow, Orel, Koltawa, Cherson, die Stadt Nicolajew, das Terekgebiet, die Wolga von Iwer bis Rybinsk und die Ladogakanäle für Cholera bedroht erklärt.

\* Tiflis, 16. Sept. Auf dem Wege von Vorkhom nach Achalzik überfiel eine Räuberbande einen von sieben Kosaken und fünf Polizeisoldaten begleitete Geldpost. Durch Bombenwürfe und Gewehrschüsse wurden zwei Kosaken getötet und einer verwundet. Es gelang aber auch, zwei Räuber zu erschließen und die anderen in die Flucht zu schlagen und dadurch die Post zu retten.

Marokko.

(Telegramme.)

Die Aufnahme der französisch-spanischen Note.

\* San Sebastian, 16. Sept. Der Minister des Aeußern hat bereits mehrere Antworten auf die marokkanische Note erhalten. Mehrere Regierungen erklärten ihre Zustimmung, andere, besonders die deutsche Regierung, sehen sich veranlaßt, die Note zu prüfen.

\* Washington, 16. Sept. Amerika nimmt bezüglich der Marokkofrage eine abwartende Haltung ein. Ein allgemeiner Notenaustausch der Signatarmächte wird für notwendig erachtet, um eine prompte Verständigung bezüglich der Haltung zu den Vorschlägen Frankreichs und Spaniens zu erzielen. Das ameri-



kanische Interesse sei mehr passiv und philanthropisch. Amerika werde die Lösung der Frage nicht durch obstruktive Taktik aufhalten.

**Tanger, 16. Sept.** Der österreichisch-ungarische Konsularagent Löhrt wird sich heute nach Sez begeben.

**Tanger, 16. Sept.** El Menebbi erhielt das neugeschaffene Amt eines Rates des Sultans für Tanger. Guebbas Darniaba und der Peltzer-Pascha von Tanger bleiben in den Ämtern.

**Colomb-Bechar, 15. Sept.** Die militärischen Operationen gelten als beendet. Die Truppen werden vom 23. bis 26. d. M. abteilungsweise nach Colomb-Bechar zurückkehren.

### Die Lage in Persien.

(Telegramm.)

**Teheran, 15. Sept.** In den letzten Tagen kursierte in den Städten Nordpersiens der Text eines angeblich von den Ulema an den Schah abgefassten Telegramms, in welchem darauf hingewiesen wird, daß die Erhaltung des Islams und des Staates auf der Verfassung beruhe. In dieser Hinsicht hätte die Türkei die Verfassung eingeführt. In Iran jedoch hätten die verfassungsmäßigen Grundlagen, trotzdem sie von dem verstorbenen Schah gebilligt worden seien, einen ungünstigen Boden gefunden. Der Grund dafür liege in den Handlungen eigenmächtiger Personen, die Verräter des Glaubens und des Staates seien. Die gegenwärtige Regierung treffe der Vorwurf, den gesetzmäßigen Forderungen des Volkes nicht die erwartete Unterstützung gewährt zu haben. Das habe die Wirren hervorgerufen, bei denen viele Muselmanen Leben und Besitz verloren hätten. Zum Schluß richten die Ulema die Bitte an den Schah, sobald als möglich zur Zusammenberufung des Parlaments zu härten, das den einzigen Hort der Ordnung und Gesetzmäßigkeit bilde.

### Die Sammlung für die Zeppelinpende

**Karlsruhe, 16. September.**

Das hiesige Komitee zur Sammlung für die Zeppelinpende hat durch die Badische Bank hier der Allgemeinen Rentenanstalt in Stuttgart für den Grafen Zeppelin 34 000 M. überweisen lassen.

**Friedrichshafen, 15. Sept.** Ueber die demnächst in das hiesige Handelsregister erfolgende Eintragung der Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H. wird berichtet: Der ganze Betrag der deutschen Nationalpende fließt der Zeppelinpende zu, deren Vorstand Graf Zeppelin ist. Im Falle seines Todes folgen ihm die Freiherren Max v. Gemmingen und Conrad v. Bassus im Amte. Die Stiftung soll zur Förderung der Luftschiffahrt und zu ihrer Ausbarmung für die Wissenschaft dienen, auch industrielle Unternehmungen nach dieser Richtung hin unterstützen. Ebenso soll aus Stiftungsmitteln Ersatz für das bei Echterdingen zerstörte Schiff geschaffen werden. Die Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H. wird mit einem Kapital von 3 Millionen Mark gegründet, wovon 2 698 000 M. die Stiftung beisteuert. Graf Zeppelin beteiligt sich an der Gesellschaft mit 300 000 M. aus eigenen Mitteln; die Herren v. Gemmingen und v. Bassus übernehmen je einen nominellen Anteil zu 1000 Mark. Geschäftsführer der Gesellschaft ist Direktor Golsmann. Die Gesellschaft übernimmt die feste Halle in Manzell, sowie das sonst vorhandene Material und Inventar des Grafen für 210 000 M., das ist der Tagwert, zu dem schon früher eine Gesellschaft rheinischer Industrieller zu dem Grund der Zeppelinischen Unternehmung es erwerben wollte. Die Luftschiffbau Zeppelin ist eine Erwerbszweck verfolgende Gesellschaft. Der Betrag der Beteiligung der Stiftung gehört bei deren Lebzeiten zum Teil dem Grafen Zeppelin und dessen Tochter, der andere Teil, und später der ganze Reinertrag, fließt der Stiftung zu. Sollte der Stiftungszweck aus irgend welchen Gründen unmöglich und deshalb die Stiftung aufgelöst werden, so fällt das ganze Stiftungsvermögen der Stadt Friedrichshafen zu.

### Großherzogtum Baden.

**Karlsruhe, 16. September.**

Aus den Mitteln der Kaiser Friedrich-Stiftung wird dieses Jahr der Betrag von 990 Mark zur Verteilung gelangen. Die Erträge dieser Stiftung sind dazu bestimmt, arme, aber befähigte und sittlich würdige, junge Leute unserer Stadt zu tüchtigen Mitgliefern des Gewerbestandes heranzubilden. Junge Leute, bei welchen diese Voraussetzungen zutreffen, wollen ihre Bewerbungen um Zuweisung eines Stipendiums aus der genannten Stiftung unter Darlegung ihrer persönlichen Verhältnisse und Befähigung ihrer Schul- und sonstigen Zeugnisse spätestens bis zum 1. November d. J. beim Stadtrat einreichen.

**Freiburg, 15. Sept.** Die diesjährige Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen für chemische Industrie fand gestern im Hofaal des physikalischen Instituts hier statt. Nach Begrüßung der Versammlung durch die staatlichen und städtischen Behörden, sowie die Handelskammer Freiburg wurden zahlreiche geschäftliche Berichte erstattet und erledigt. Hervorzuheben ist dabei ein Vortrag des Generalsekretärs des Vereins, des Herrn Direktors Benzels, über die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und besonders der deutschen chemischen Industrie im verflohenen Jahre. Darin führte er u. a. aus, kaum jemals habe die Entwicklung der Industrie günstiger Anzeichen aufgewiesen, als im Beginn des verflohenen Jahres, allein in der zweiten Hälfte desselben habe sie abzuflauen begonnen. Die Geldknappheit trat immer schärfer hervor, entwertete allmählich die Waren und veranlaßte große Kursverluste, die Fabrikpreise sanken, während die Kohlenpreise und die Arbeitslöhne stiegen, und die Lebensmittel sich verteuerten. Diese unerfreulichen Zustände steigerten sich immer mehr mit dem Eintritt des neuen Jahres, wie der Redner an der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials im einzelnen darlegte. Immerhin wurde die chemische Industrie von dem Rückgang der Konjunktur weniger betroffen, wobei neben anderen Gründen die Inrentabilität vieler Erzeugnisse maßgebend war. Was die erzielten Geschäftsgewinne betrifft, so verteilten sich dieselben sehr verchieden auf die einzelnen Produktionszweige. So gab es eine Reihe Aktiengesellschaften, die entweder gar keine oder eine 5 Prozent nicht erreichende Dividende gewährten. Heute haben die Teilnehmer der Versammlung mit Sonderzug eine Fahrt ins Hölental unternommen. — In einer ihrer jüngsten Sitzungen hat die Handelskammer Freiburg einstimmig die Bildung einer händigen Kommission für die Interessen des Detailhandels beschlossen.

**Kleine Nachrichten aus Baden.** Aus Bracktal wird gemeldet: Der verheiratete Eisenbahnsekretär Albert Kies aus Schwellingen stieß Montag abend in der Nähe von Wiesental mit seinem Motorrad auf ein unbeleuchtetes Fuhrwerk. Kies, der Vater von zwei Kindern ist, erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod sofort eintrat. — Die Brauerei zum „Lamm“ in Gypingen, Inhaber Wilhelm Vint, ging durch Kauf an die Brauerei Born Söhne, Palmbräu, über. Der Kaufpreis beträgt 104 000 Mark. — Einen großen Zudrang hat das Lehrerseminar in Ettlingen zu verzeichnen, das gestern seine Aufnahmeprüfungen abhielt. Unter den 141 Kandidaten sind auch viele Abiturienten von neunklassigen Mittelschulen. — In Emmendingen wird vom 1. Oktober d. J. jeweils während des Winterhalbjahres, der Auktionslotschluß eingeführt. Ausgeschlossen sind die Samstage des Monats Dezember und 14 Tage vor dem Osterfest. — In Segeten (Amt Waldshut) brannte das Anwesen der Witwe Gerspacher nieder. Der 6000 Mark betragende Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

**Vom Malertag.**

**Karlsruhe, 15. September.**

Der Vorsitzende, Stolz-München, eröffnet um 9 Uhr im kleinen Festsaal die Sitzung des 8. Verbandstages des süddeutschen Maler- und Tüchlermeisterverbandes und begrüßt die zahlreich erschienenen Mitglieder.

Schriftführer Leipfinger-München erstattet den Jahresbericht, der in ausführlicher Weise gedruckt vorliegt. Nach bestandenem jahrelangem Mißstand im Malergewerbe. Notwendig sei vor allem die Erziehung der Kollegen zum Gedanken des Zusammenstehens. Stolz betont, daß bei den wichtigsten Fragen der Lohnbewegung, der Tarifabmachungen vor allem eine strenge Disziplin geboten sei. Er empfiehlt die Verbandszeitung, die nur durch Unterstützung auf der Höhe ihrer Aufgabe bleiben könne. Besonders wünschenswert sei die Unterstützung durch sachtechnische Artikel. Leipfinger bespricht die Frage „Lohnbewegung und Tarifabschlüsse 1908“; die in einem Vierteljahr vorgenommene Organisation der Malermeister habe Wunder gewirkt und der Normaltarif sei nicht zuletzt das Resultat süddeutscher Arbeit. Süddeutschland sei heute der Pionier in der Lohnbewegung. Reipfer-Mannheim bemängelt, daß man auf dem Malertag am letzten Sonntag dem Referenten über Einkaufsgenossenschaften einen Fabrikanten, als einen direkten Gegner des Genossenschaftswesens, als Korreferenten bestellt habe. Solche Sachen sollten doch nicht vorkommen. Schäfer-Frankfurt tritt den Ausführungen des Vorredners bei; es sei geradezu unbegreiflich, einen direkten Gegner der Einkaufsgenossenschaft als Korreferenten aufzustellen. Man habe den Namen deselben auch erst in der Versammlung bekannt gegeben; eine solche Geheimisräumerei sollte nicht vorkommen, er bedauere, daß die Zentralleitung diesen Korreferenten bestellt habe. Leipfinger-München teilt mit, daß die Zentralleitung, die durchaus keine Geheimisräumerei treibe. Die Ausführungen des Korreferenten hätten nur dazu beigetragen, das Genossenschaftswesen zu fördern, im übrigen wäre es nicht notwendig gewesen, gerade einen Farbenlieferanten aus München als Korreferenten zu bestellen. Nach etwas erregter Debatte wird über diesen Punkt ein Schlußantrag angenommen und sodann der Zentralvorstand entlastet.

Es folgen Berichte über die Verbandsinstitute, die Materialprüfungscommissionen und die technische Auskunftsstelle, wobei besonders die Vorteile der Materialprüfungscommission hervorgehoben werden, nur müsse dieselbe rascher arbeiten, um großen Schaden zu verhüten. Kugel-Portenkirchen erörtert die Frage der Errichtung von Arbeitsnachweisen, die von den Arbeitgeberverbänden und Innungen in Angriff genommen werden müsse. Die städtischen Arbeitsnachweinstellen kämen nicht in Betracht, da denselben das fachliche Verständnis abgehe. Die Gewerbe dürften sich ihre Facharbeitsnachweise nicht nehmen lassen. Auf der anderen Seite wird auch für paritätischen Arbeitsnachweise eingetreten. Es wird schließlich in einer Resolution die Zentralstelle beauftragt, für Austausch von Arbeitskräften resp. für Bildung von Facharbeitsnachweisen beauftragt zu sein.

Es folgt die Beratung einer Anzahl Anträge von Statutenänderungen, die des öffentlichen Interesses entbehren. Der Bezirksverband für den Handwerkskammerbezirk Mannheim stellt den Antrag: „Alle staatlichen und kommunalen Regierarbeiten sollen in Wegfall kommen.“ Derselbe wird mit dem Zusatz „Frei-München, hinter dem Worte „Regierarbeiten“ einzufügen; „soweit solche von selbständigen Handwerksmeistern ausgeführt werden“ angenommen.

Ein Antrag Müller-Freiburg, die Zentralleitung möge die Gründung einer Krankenkasse in Erwägung ziehen, wird abgelehnt. Fiedler-Landsbut stellt den Antrag auf Einführung eines einheitlichen Verbandsabzeichens; derselbe wird angenommen.

Müller-Freiburg dankt dem Präsidenten Stolz und bittet denselben mit den übrigen Mitgliedern vor Affirmation wieder zu wählen. Stolz erklärt, aus rein persönlichen Gründen eine Wiederwahl ablehnen zu müssen. Eine Reihe von Rednern treten mit rühmenden Worten für die Wahl Stolz ein, der nochmals auf seiner Ablehnung besteht. Von neuem wird er bekräftigt und sodann der Gesamtvorstand durch Zuzug gewählt. (Stürmisches Hochrufen.) Damit wird die Sitzung geschlossen. Als Ort des nächsten Verbandstages wird Wiesbaden gewählt.

**Karlsruhe, 15. September.**

Die Kommission zur Bekämpfung von Mißständen in der Herstellung und in der Verarbeitung der Farben und Malmaterialien“ tagte gestern unter dem Vorsitz des Herrn Malermeister Stolz-München und referierte Herr Professor Dr. Eibner von der Versuchsanstalt für Maltechnik an der Technischen Hochschule in München über die Ergebnisse der am 14. und 15. August in München abgehaltenen Sitzung über die Verarbeitung eines „Deutschen Farbenbuchs“, welches eine Feststellung der Begriffe für die sämtlichen Farben und Malmaterialien schaffen soll. Es waren in der Sitzung drei verschiedene Verbände der Fabrikation, des Handels und der Konsumenten sowie der neutralen Gruppen, Künstler, Architekten usw. vertreten, und ist sicher anzunehmen, daß wohl in nächster Zeit schon durch das Farbenbuch die notwendige Klarheit im Farben- und Malmittelhandel und auch im Unterricht in der Materialkunde geschaffen werden wird. Es wurden ferner insbesondere aus den in der Kommission vertretenen Gruppen Unterkommissionen gebildet, welche die verschiedenen Gebiete des Farbenbuchs zu bearbeiten haben.

**Karlsruhe, 16. September.**

An die verschiedenen Verhandlungen des Malertages schlossen sich heute erstmals Beratungen der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer an; von den letzteren ist erschienen Döbler vom Zentralverband der Malergehilfen Deutschlands in Hamburg, weiter ein Vertreter der christlichen und ein solcher der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Krufe-Berlin führt den Vorsitz und gibt bekannt, daß es sich heute in erster Linie um Feststellung einer

Geschäftsordnung für die Goutarifämter und für die Tarifüberwachungskommissionen handelt, ferner um die Ueberwachung, Einhaltung und Ausgestaltung des in Berlin am 30. April 1908 vereinbarten Normaltarifs im Malergewerbe. Die einzelnen Paragraphen werden mit teilweise reaktionellen Änderungen angenommen. Es folgt sodann die Beratung der Geschäftsordnung für die Goutarifämter. Auch hier war die Aussprache eine durchaus ruhige und sachliche. Damit haben auch die Nebentagungen zum Deutschen Malertag ihr Ende erreicht.

### Außerordentliche Generalversammlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland.

**Mannheim, 15. Sept.** Der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein in Deutschland hielt heute in Versammlungslokal des Hofgartens eine gutbesuchte außerordentliche Generalversammlung ab, welche vornehmlich wichtiger Statutenänderungen wegen einberufen worden war. Den Vorsitz führte Seine Hoheit Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein. Die Großh. Staatsregierung war durch Ministerialdirektor Dr. Glöckner vertreten. Nach den Begrüßungsansprachen durch den Vorsitzenden, durch Ministerialdirektor Dr. Glöckner namens der Regierung, durch Oberbürgermeister Martin namens der Stadt und durch Großkaufmann Louis Hirsch namens der Mannheimer Handelskammer wurde ein Guldigungstelegramm an Seine Königliche Hoheit den Großherzog abgefaßt. Die Statutenänderungen, die den Wirkungsbereich des Vereins bedeutend erweitern, wurden ohne Debatte einstimmig angenommen. Nach § 2 der neuen Satzungen bezweckt der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein in Deutschland unter unbedingter Ablehnung aller rein politischen Ziele: 1. in den mitteleuropäischen Staaten, in welchen die Möglichkeit einer Annäherung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse am meisten gegeben erscheint, für eine gleichmäßige Behandlung von Gegenständen des Wirtschaftslebens und Wirtschaftsrechts, für eine gegenseitige Indienststellung wirtschaftlicher Einrichtungen und für eine tunlichst gemeinsame oder gleichmäßige Behandlung internationaler Interessen auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens, insbesondere des Zoll- und Tarifwesens und der Schlichtung internationaler Streitigkeiten zu wirken; 2. die den drei Berufsständen — Industrie, Handel, Landwirtschaft — gemeinsamen wirtschaftlichen Bedürfnisse nach und außen zu vertreten, insbesondere auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Gesetzgebung und Verwaltung; 3. in den Fällen scheinbarer Interessengegensätze zu vermitteln. Zur Erfüllung dieser Zwecke sollen nach § 3 durch Beschluß des Direktoriums ein für alle mal oder für den einzelnen Fall besondere Arbeitsausschüsse gebildet werden, in denen stets die drei Erwerbsstände Industrie, Handel und Landwirtschaft eine gleiche Anzahl von Vertretern zu erhalten haben und deren Vorsitzende vom Direktorium bestimmt werden. In den Ausschüssen und dem Direktorium wurden per Affirmation neu gewählt: Direktor Arimann, der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes süddeutscher Industrieller, Frhr. v. Cotta-München, Geh. Kommerzienrat Karl Haas-Mannheim, Fabrikant Karl Lang-Mannheim und Frhr. v. Pechmann-München. Sodann hielten Syndikus Dr. Schlenker-Ansberg und Ingenieur Emmerich-Mannheim einen Vortrag über die Neugegestaltung des Wasserrechts in den Deutschen Staaten. Dr. Schlenker behandelte vornehmlich die preussischen, Emmerich die badischen und württembergischen Wasserrechtsverhältnisse. Beide befürworteten die Beteiligung des Vereins an dem Ende November im preussischen Abgeordnetenhaus stattfindenden Kongreß aller am Wasser und an der künftigen preussischen Wasserregulierung interessierten wirtschaftlichen Verbände. Geh. Hofrat Dr. Hecht-Mannheim sprach in sehr interessanter Weise über die Organisation des langfristigen industriellen Kredits und trat für die Schaffung eines Zentralinstituts ein, das insbesondere als Treuhänder organisiert werden könne. Publizität, kurze Laufdauer der auszugebenden industriellen Obligationen, höhere Verzinsung würden den Absatz fördern. Die Provinzialbanken, aber auch die Großbanken, hätten ein lebhaftes Interesse, die Wirksamkeit eines solchen Zentralinstituts zu begünstigen und somit zur reichlichen Scheidung zwischen kurz- und langfristigen industriellen Kredit beizutragen. In der lebhaften Diskussion sprach nur ein Redner, Frhr. v. Pechmann-München, der Direktor der Badischen Handelsbank, sein Bedenken über die Möglichkeit zur Ueberwindung der Schwierigkeiten aus, die sich der Schaffung eines solchen Zentralinstituts entgegenstellen. Der Referent stellte als Ergebnis der Diskussion folgende Thesen fest: 1. Ein Bedürfnis nach einer Organisation langfristigen Kredits ist vorhanden. 2. Um die Organisation zu erreichen, wird manche Schwierigkeit zu überwinden sein, aber die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindbar. Der Vorsitzende ließ über die erste These abstimmen, die einstimmig angenommen wurde. Darauf wurden die Verhandlungen um 3 Uhr nach etwa fünfstündiger Dauer durch den Vorsitzenden geschlossen. Im Anschluß daran fand im Parkhotel ein Festessen statt.

**Mannheim, 16. Sept.** Bei dem Festmahl im Parkhotel, das gestern nachmittags um 4 Uhr begann, feierte der Vorsitzende, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, in Anknüpfung an das Emporblihen Mannheims die segensreiche Regierung Großherzog Friedrichs I. Er selbst erinnerte sich gern der schönen, in der Jugendzeit im badischen Lande verlebten Tage und dankte der vom verstorbenen Großherzog und der Großherzoglichen Familie seinem Hause auch in schweren Zeiten bewahrten und bewährten Freundschaft. Er regierende Großherzog werde mit der feinsten Kaufe eigenen Treue das Band, das Großherzog Friedrich I. wesentlich mitgeholfen habe, um die Deutschen Stämme zu schlingen, stets feierlich zu knüpfen bemüht sei. Sein Hoch galt Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog Friedrich II.

Auf das Begrüßungstelegramm war an den Vorsitzenden folgende Antwort aus Badenweiler eingelaufen: „Eure Hoheit bitte ich, für die mir namens des zu einer außerordentlichen Generalversammlung vereinigten Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland gewidmeten freundlichen Begrüßung meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Ich hoffe, daß die Mitglieder des Vereins in meiner Hauptstadt Mannheim angenehme Stunden verleben, und begleite ihre Verhandlungen mit den besten Wünschen.“

**Friedrich, Großherzog von Baden.** Reichstagsabgeordneter von Dirken gedachte der Gäste. Die freundlichen Begrüßungen seitens der Vertreter der badischen Regierung, der Stadt Mannheim und der Handelskammer Mannheim und das von ihnen bekundete verständnisvolle Interesse für die Besprechungen des Vereins fallen schwerer ins Gewicht als eine vereinzelt auftretende Kritik in der Presse. Der Verein arbeite lebhaft auf wirtschaftlichem Gebiet ohne Parteitendenz und bezwecke eine immer enger wirtschaftliche Verbindung Deutschlands mit den Nachbarstaaten. Dr. Wolf, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Breslau, widmete seine Worte als Volkswirt der Son-



dele- und Industriestadt Mannheim. Ihre erlautliche, geradezu in amerikanischem Tempo erfolgte Entwicklung veranschaulichte er an einer Reihe statistischer Daten und Zahlen. Die Geschichte Mannheims und ihre Beziehungen zu hervorragenden Männern auf allen Gebieten des geistigen Lebens beweisen, daß in ihr neben dem starken Sinn für die realen Güter des Lebens allzeit auch die idealen Güter der Kultur gepflegt worden seien, daß Mannheim sich also durchaus nicht einseitig entwickelt habe, und so sei die Entwicklung Mannheims hygienisch vorbildlich für recht viele deutsche Städte. Stadtrat Dr. Alt dankte namens der Stadt in Vertretung des am Erscheinen verhinderten Oberbürgermeisters für die Wahl Mannheims zum Versammlungsort und für die begeisterte Schilderung der Vorzüge seiner Vaterstadt, die geeignet sei, die Mannheimer mit Stolz zu erfüllen. Bis zum letzten Bürger sei die Mannheimer Bevölkerung durchdrungen von der Überzeugung, daß diese gewaltige Blüte des hiesigen Handels- und Industrieplatzes nur möglich war auf der Grundlage unseres großen geeinigten Deutschen Reiches. Andererseits aber sei das Erwerbsleben der Stadt durch 1000 Fäden verknüpft mit dem Ausland. Die Mannheimer Bevölkerung bringe daher dem Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein volles Verständnis und große Sympathie entgegen. Besonders sei zu begrüßen, daß der Verein flauerweise nur Schritt für Schritt vorwärts schreite und zunächst Fühlung sucht und gefundene habe, in denjenigen Völkern, die uns auch in idealer Beziehung zunächst stehen, mit Oesterreich und Ungarn. Die Stadt Mannheim wünsche dem Verein daher aufs herzlichste fröhliches Gelingen und Gedeihen. Abends folgten die Teilnehmer an der Generalversammlung der Einladung der Stadt zum Besuch der Theatervorstellung.

### Vom sozialdemokratischen Parteitag.

(Telegramm.)

\* Nürnberg, 15. Sept. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung äußerte sich der Abg. Fischer-Berlin zur Maifeier etwa folgendermaßen: Wie die vielen Anträge beweisen, herrscht unter den Parteigenossen bezüglich der Unterstützung der Opfer der Maikämpfe große Unzufriedenheit. Die Entnahmen der Parteikasse reichen nicht aus zu einer hinreichenden Unterstützung und die Gewerkschaften sind hierzu ebenfalls nicht in der Lage. Die Arbeiter, die nicht feiern können, zu einem Drittel ihres am 1. Mai verdienten Lohnes dafür heranzuziehen, ist sehr schwer. Redner empfiehlt den Antrag des Parteivorstandes und der Generalkommission der Gewerkschaften, nach dem bei Ausperrungen infolge der Maifeier den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung erst vom Beginn der zweiten Woche ab gewährt werden kann. Die Mittel sind von der Parteioffiziers- und der Gewerkschaft des Ausperrungsortes aufzubringen. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und den Gewerkschaften haben die Ausperrten nicht. Frau Rosa Lugenburg vertritt die Ansicht, eine radikale Lösung könne nur geschehen, wenn die laienbewußten Arbeiter wie ein Mann am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen. Chefredakteur Adler-Miel bemerkte, daß der Spezialist der Maifeier, Fischer-Berlin, mit anderen Worten gesagt habe, wir können nicht weiter. Da wäre aber eine furchtbare Schwäche, wenn man jetzt die Maifeier aufgeben wollte. Die Gewerkschaften seien verpflichtet, ihre Mitglieder zu unterstützen. Parteivorstand und Generalkommission scheinen der Maifeier den Garaus machen zu wollen. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Abg. Zubeil erklärte, die Maifeier habe nicht die Hoffnungen erfüllt, die man 1889 in Paris auf sie gesetzt habe. Jetzt sei sie derart verfallen, daß er sagen müsse: Fort mit dem galbanisierten toten Wesen, das uns nur Berger bereitet! Abg. Schmidt-Berlin erklärte, man dürfe ja nicht außer acht lassen, daß die christlichen Gewerkschaften unaufhörlich wüchsen und die Ausperrten erlebten. Nach längerer Debatte wurde der Antrag des Parteivorstandes und der Gewerkschaftszentralkommission, daß die Folgen einer Maifeier von den Sozialorganisationen zu tragen sind, mit großer Mehrheit angenommen und die Weiterberatung dann auf morgen vertagt.

Bei der heutigen Besprechung über die Budgetbewilligungsfrage wurde beschlossen, auch einem württembergischen Genossen das Wort mit unbeschränkter Redezeit zu geben. Sodann führte Zubeil aus: Ich muß bekennen, daß noch nie eine Frage eine solche Erregung verursacht hat, wie jetzt die Budgetbewilligung in Bayern und Baden, und zwar ganz besonders deshalb, weil die Zustimmung den Lüderer Beschluß verleiht hat. Es heißt darin: „In dringenden Fällen ist es den Genossen gestattet, bei der Schlussabstimmung für das Gesamtbudget zu stimmen.“ Dieser dringende Fall lag aber weder in Bayern noch in Baden vor. Man hat gesagt, die Arbeiter und Beamten hätten höhere Löhne zu erwarten. Auch wenn Sie das Budget verweigert hätten, wäre die Erhöhung der Löhne nicht verneint worden. Als in den 60er Jahren die Fortschrittspartei in Preußen mit dem Ministerium Bismarck in Konflikt lag, hat die Fortschrittspartei wohl einzelnen Positionen, die im Interesse der Kulturaufgaben lagen, zugestimmt, das Gesamtbudget aber verweigert. Unser Ziel ist es, die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben und bessere Zustände an ihre Stelle zu setzen. Wenn, wie in Süddeutschland, aber der Regierung ein Vertrauensvotum durch die Budgetbewilligung ausgeteilt wird, dann hören wir auf, Sozialdemokraten zu sein. Ich bin der Meinung, unsere Genossen in Süddeutschland bewegen sich in einem zu engen Gesichtskreis. Weber bespricht dann die Teilnahme der Abgeordneten Kolb und Franz an der Weisungsfeier für Großherzog Friedrich I. Wenn das in der Sozialdemokratie maßgebend werden sollte, dann hören wir auf, eine sozialdemokratische Partei zu sein. Dann streichen wir das Wort „Sozialdemokratie“ und sagen sozialreformistische Partei. Ferner sagen die bayerischen Genossen: Wenn wir nicht das Budget bewilligt hätten, dann würde das Zentrum aus Auster kommen. Wir halten es aber für erforderlich, auf die bürgerlichen Parteien keine Rücksicht zu nehmen. Die bürgerlichen Parteien sind eine reaktionäre Masse. In Bayern sind die Zustände nicht besser. Solt für vergessen, in welcher brutaler Weise vor 2 Jahren die Nürnberger Polizei gegen Streikende vorging? Da sagt man, in Bayern herrsche ein freier Sinn. Man sagt, in Preußen habe man noch nicht das allgemeine Wahlrecht. In Bayern wurde es auch nur dadurch erreicht, daß es im Interesse des Zentrums lag. In Preußen sind alle bürgerlichen Parteien, darunter das Zentrum, gegen das allgemeine Wahlrecht. In Preußen sind, wenn es einmal erreicht ist, auch noch ganz andere Dinge zu erreichen. Die Klugheit verbietet es mir, die Wege, die wir in Preußen gehen wollen, darzulegen. Um die uns fernstehenden Arbeiter zu gewinnen, müssen wir unsere Grundzüge mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit verfechten. Weber ersuchte hierauf die Versammlung, die Anträge des Parteivorstandes und der Kontrollkommission anzunehmen.

Abgeordneter Timm-München führt zunächst über den Parteivorstand Klage, dessen Pflicht es gewesen sei, den Preussengewerkschaften des „Vorwärts“ gegen die bayerischen Genossen Einhalt zu tun. Er führt dann aus: Wir sind im Landtage bemächtigt gewesen, so viel Vorteile als möglich für die Arbeiter herauszuschlagen. Die Arbeiter in Bayern würden es nicht verstanden haben, wenn wir das Gesamtbudget verweigert

hätten. Wenn wir die fernstehenden Arbeiter gewinnen wollten, dann müssen wir ihnen zeigen, daß wir bemüht sind, ihre Lage schon in heutigen Staaten zu verbessern. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir in Bayern große christliche Verbände und Gewerkschaften haben, die den Arbeitern sagen: Die Sozialdemokraten verweisen Euch nur auf den Zukunftsstaat. Redner versucht den Nachweis zu führen, daß die Budgetbewilligung im bayerischen Landtage den Lüderer Beschluß in keiner Weise verleiht. Wir können nicht in Abrede stellen, daß wir in einem Klassenstaate leben. In dem Augenblick, wo wir ins Parlament eintreten, erkennen wir den Klassenstaat an. Wollen wir nun eine Partei des Volkes sein, so dürfen wir nicht bloß „nein“ sagen und protestieren, sondern wir müssen praktisch mitarbeiten, es sei denn, wir vertreten den Standpunkt des Anarchismus. Das ist die Konsequenz der Klassenstaats-Theorie. Es wurde die Frage aufgeworfen: „Endziel oder Sozialreform.“ Die Frage muß lauten: „Durch Sozialreform zum Endziel.“ Die Anträge des Vorstandes und der Kontrollkommission sind für uns unannehmbar. Wir Bayern können das nicht mitmachen. Wir werden uns in keinem Falle unterwerfen. Wir hoffen, daß der mutwillig herausgeschworene Parteistreit verschwinde und daß man es nicht auf eine Kraftprobe ankommen lassen wird. Wir wären sonst genötigt, die Konsequenzen zu ziehen.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* Berlin, 16. Sept. Der Reichskanzler trifft heute in Berlin ein, um den interparlamentarischen Kongreß zu eröffnen. Für Sonntag ist der Kongreß vom Kronprinzen nach Potsdam ins Marmorpalais geladen.

\* Berlin, 16. Sept. Reichskanzler Fürst Bülow ist heute hier eingetroffen.

\* Berlin, 16. Sept. Der deutschen Gruppe der interparlamentarischen Union wurde durch den Präsidenten der amerikanischen Schiedsgerichtskommission, Barthold (der 1855 in Greiz geboren ist), eine schwarz-weiß-rote Fahne in einem weichen, den Völkerverien symbolisierenden Rahmen überreicht, als Ehrengeschenk des Arbitration- und Peacekongreß. Barthold gab der Erwartung Ausdruck, daß diese Fahne und doch so bedeutende Wertschätzung nicht lediglich als ein Akt der internationalen Höflichkeit, sondern als Akt der aufrichtigen Freundschaft und als Omen des dauernden Friedens betrachtet wird.

\* Wolkensbüttel, 16. Sept. Bei der am 11. September stattgehabten Reichstagsersatzwahl im zweiten Braunschweiger Wahlkreis wurden insgesamt 2452 gültige Stimmen abgegeben; davon erhielten Hofbesitzer Klebe-Zerheim (natl.) 1142, Maurer Klebe-Braunschweig (Soz.) 7190 und Notar Todekind-Braunschweig (Braunschw. Landes-Partei) 5912 Stimmen; zerplittert waren drei Stimmen. Es hat also eine Stichwahl zwischen Klebe und Kieck stattgefunden.

\* Kaiserslautern, 16. Sept. Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Kaiserslautern-Ludwigshafen erhielten Puhl (natl.) 12156, Binder (Soz.) 19251 Stimmen. Letzterer ist somit gewählt.

\* Wien, 16. Sept. Die Landtage der Monarchie wurden gestern eröffnet. In der Eröffnungssitzung des böhmischen Landtages betonte der Statthalter, die Tätigkeit des Landtages könne nur dann segensreich sein, wenn sie vom Geiste des Friedens erfüllt sei. Die Regierung werde jede Gelegenheit wahrnehmen, um vermittelnd einzugreifen und unentwegt dem Ziele zutreiben, zunächst die Sprachensfrage wenigstens zu einem vorläufigen Aufstand zu bringen.

\* Wejprim, 16. Sept. Seine Majestät Kaiser Franz Joseph ist gestern nachmittags zu den Manövern hier eingetroffen. Der Kaiser erfreut sich der besten Gesundheit. Er wurde von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Den Manövern wohnen auch die ausländischen Militärattaches bei.

\* Prag, 16. Sept. In einer Versammlung aller deutschen Landtagsabgeordneten wurde die Bildung eines gemeinsamen Verbandes aller deutschen Parteien beschlossen.

\* Haag, 16. Sept. Die Kammern wurden gestern mit einer Thronrede eröffnet, die im Auftrage der Königin, welche zu ihrem Bedauern am Erscheinen verhindert war, von dem Minister des Innern, Heemster, verlesen wurde. Die Thronrede führt aus, daß die freundschaftlichen Beziehungen zu Venezuela eine Unterbrechung erfahren haben, die die Regierung in friedlicher Weise zu beseitigen suche. Die Beziehungen zu den anderen Mächten seien die freundschaftlichsten. Die Regierung bedauere lebhaft die Unruhen auf Sumatra. Die Kolonie Curaçao leide unter den schädlichen Wirkungen der Unterbrechung der Handelsbeziehungen zu Venezuela. Der Stand der Finanzen fordere eine dauernde Vermehrung der Einnahmen, um das finanzielle Gleichgewicht aufrecht zu erhalten. Die in der Thronrede angeführten Gesetzentwürfe betreffen die Erhöhung der Erbschaftsteuer und die allgemeine Einkommensteuer mit einer Ergänzungssteuer auf das Kapital. Zur Verringerung des Defizits des Rechnungsjahres wird die Erhebung eines Zuschlags-Gentimes auf die Einkommensteuer und eine Vermehrung der Verbrauchssteuer auf den Alkohol angekündigt. Der Besuch des Generalgouverneurs von Indien in Kteb lasse die dortige Lage klar erkennen und setze den Weg zur dauernden Pazifizierung des Landes.

\* Newyork, 16. Sept. Wie ein Telegramm aus Willemsstadt meldet, berichtet ein Privatbrief aus Venezuela, daß die dortige Regierung das Verbot der Einschiffung für die nach Curaçao reisenden Passagiere zurückzog.

\* Washington, 15. Sept. Der chinesische Gesandte wurde von seiner Regierung angewiesen, den vorgeschlagenen Schiedsgerichtsvertrag mit Amerika zu unterzeichnen. Der Vertrag ist denen ähnlich, die Amerika bereits mit einigen anderen Mächten abgeschlossen hat.

### Verschiedenes.

Die Fahrt und der Unfall des Parjebalons.

Berlin, 16. Sept. Der gestern früh um 49 Uhr aufgestiegene Ballon Parjebal passierte um 10 Uhr 10 Min. Potsdam, um halb 12 Uhr das Dorf Göh in der Nähe von Brandenburg a. d. Havel, um 12¼ Uhr Kleinfeld, um 4 Uhr Burg bei Magdeburg. Er machte dann eine kurze Wendung und fuhr zurück über das Marmorpalais und Potsdam; er erschien um 6 Uhr wieder über Reindendorf. Die Insassen teilten durch einen heruntergeworfenen Zettel mit, sie wollten so lange fahren, als das Benzin ausreicht.

Reindendorf, 15. Sept. Die Fahrt des lenkbaren Luftschiffes der Motorluftschiffstudien-Gesellschaft (Parjebal) war die Dauerfahrt für die Abnahme des Luftschiffes, der als Mit-

glied der Abnahme-Kommission Hauptmann Sorge beidohnte. Den Ballon führte Hauptmann v. Kehler. Der Weg ging in ununterbrochener, tadelloser Fahrt, ohne Versagen irgend eines Teiles oder irgendwelcher Abstellungen nach Spandau, längs der Berlin-Magdeburger Eisenbahn bis Genthin, hierauf über die Elbe in der Richtung nach Bolnise, dann über die Elbe über Burg Lehnin, Potsdam und Grunewald nach dem Ausgangspunkt zurück. Die Fahrt kann in jeder Beziehung als sehr gut gelungen bezeichnet werden. Das Luftschiff war ganz in der Hand des Führers, der es bei den starken auf- und absteigenden Luftströmungen, um diesen aus dem Wege zu gehen, dynamisch, ohne irgend welches Auswerfen von Ballast, in andere Höhenlagen steuern konnte, so daß es sich immer in der gewünschten Höhe befand. Da von vornherein eine Dauerfahrt vorgesehen war, so wurde die ganze Kraft des Daimlermotors während der Fahrt, die sich im allgemeinen in Höhen zwischen 200 und 300 Metern, auf der Rückfahrt bis zu 600 Metern hielt, etwa zur Erzielung besserer Geschwindigkeiten nicht ausgenutzt. Als das Luftschiff nach 11¼stündiger Fahrt kurz nach 7 Uhr unter dem lauten Beifallssturm des zahlreichen Publikums tadellos landete und von den Mannschaften in die Halle gebracht wurde, war der Benzinvorrat noch nicht bis zu Ende aufgebraucht.

Berlin, 16. Sept. Major v. Parjebal erhielt gestern ein Glückwunschschreiben Seiner Majestät des Kaisers, worin dieser den Wunsch ausdrückte, den Parjebal und das Militärluftschiff heute in Döberitz zu sehen. Das Militärluftschiff unternahm gestern nachmittags 3 Uhr 55 Minuten den dritten Aufstieg mit 8 Herren in der Gondel. Die Informationsfahrt führte über Döberitz, Potsdam und Charlottenburg. Die Landung erfolgte um 6 Uhr.

Berlin, 16. Sept. Der auf der Fahrt nach Döberitz begriffene Parjebal-Ballon manövrierte um halb 10 Uhr vormittags über Halensee, er wurde von einem Windstoß erfasst, geknickt und zum Sinken gebracht, der Ballon liegt jetzt auf dem Dache einer Villa in der Trabenerstraße. Der Militärballon fuhr um 10 Uhr über Potsdam, konnte wegen Sturm nicht landen und fuhr nach Berlin zurück.

Ueber den Unfall wird weiter gemeldet: Der Parjebal-Ballon sollte heute nach dem Vornstädter Felde fahren, um dem Kaiserpaare vorgeführt zu werden. Er fuhr mit einer Geschwindigkeit von 5 Meter gegen 10-12 Meter starken Wind. Infolge eines von Westen kommenden Unwetters mit starkem Regen brach in der Nähe des Bahnhofes Grunewald die linke Stabilitätsfläche. Durch einen abgebrochenen Rahmen wurde ein Loch in den Ballon gebohrt, so daß das Gas entwich. Der Ballon klappte zusammen und fiel zum Teil auf das Dach, zum Teil auf die Bäume der Villa Trabenerstraße N. 28. Die Besatzung, bestehend aus Major von Parjebal, Hauptmann von Kehler, Ingenieur Kiefer und einem Maschinisten, ist wohl behaftet. Der Ballon wurde gegen 12 Uhr von Mannschaften des Luftschifferbataillons fortgeschafft. Das Militärluftschiff mußte um halb 11 Uhr umkehren und landete um 11 Uhr ohne Schwierigkeiten bei der Ballonhalle.

Strasbourg i. Elz, 16. Sept. Seine Majestät der Kaiser sandte an die Familie des verstorbenen Präsidenten von Schlußberger in Gebweiler ein herzliches Beileidstelegramm.

Konstantinopel, 16. Sept. In dem Stambuler Stadtteil Jedit-Skute brannten gestern 160 Häuser nieder.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrologie vom 16. September 1908.

Die bei Island gelegene Depression hat sich wenig verändert. Der von ihr in südöstlicher Richtung entsetzte Ausläufer ragt heute bis nach Mittel- und Ostdeutschland herein und enthält ein Minimum über Südschweden. Unter seiner Einwirkung war das Wetter in Deutschland am Morgen vorwiegend trüb, aber meist trocken; nur im Süden des Reiches hatte es in der vorletzten Nacht stark geregnet und gewittert. Hoher Druck, der im Verlauf des Vortages über Mitteleuropa abgenommen hatte, breitet sich von neuem über dem Südwesten und Westen Europas aus und es ist aus dem Steigen des Ortsbarometers zu schließen, daß er wahrscheinlich auch in das Binnenland vorbringen wird; wir hätten dann zunächst veränderliches, vielfach heiteres und vorwiegend trockenes Wetter bei wenig veränderter Temperatur zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 16. September, früh.

Lugano wolkenlos 12 Grad; Biarritz halbbedeckt 17 Grad; Nizza halbbedeckt 16 Grad; Triest bedeckt 17 Grad; Florenz bedeckt 13 Grad; Rom heiter 14 Grad; Cagliari wolkenlos 19 Grad; Brindisi wolkenlos 20 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

September	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feuchtigk. in mm	Rel. Feuchtigk. in %	Wind	Himmel
15. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	752.9	12.3	9.8	93	SW	heiter
16. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	754.4	12.9	10.9	99	SW	bedeckt
16. Mittags. 2 <sup>00</sup> U.	756.9	17.1	8.7	60	WSW	„

Höchste Temperatur am 15. September: 19.2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 11.5.

Niedererschlagsmenge, gemessen am 16. September 7<sup>00</sup> früh: 27.7 mm. Bemerkung: Am 16. September, 5¼ Uhr morgens, schweres Gewitter mit starkem Regen.

Wasserstand des Rheins am 16. September, früh: Schutterinsel 3.09 m, gefallen 7 cm; Kehl 3.41 m, gefallen 13; Magau 5.47 m, gefallen 6 cm; Mannheim 5.03 m, gefallen 11 cm.

Verantwortlicher Redakteur: (in Vertretung von Julius Rath) Adolf Kersting, Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Das Bankhaus  
Veit L. Homburger, Karlsruhe  
Karlsruhe 11 Telephone 36 u. 208  
besorgt alle in das Bankfach einschlagenden Geschäfte



**Todes-Anzeige.**

Gestern nachmittag 4 Uhr verschied nach kurzer Krankheit unser innigstgeliebter Gatte, Vater, Schwiegersohn, Schwager, Onkel und Neffe

**Julius Rosshirt**  
Grossh. Oberbaurat

im Alter von 54 Jahren.  
Karlsruhe, den 15. September 1908.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

**Anna Rosshirt**, geb. Bohrmann,  
**Kurt Rosshirt**, Rechtspraktikant,  
z. Zt. Einj.-Freiwilliger i. 3. Bad. Feld-  
Art-Reg. Nr. 50.  
**Hedda Rosshirt**.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 17. September, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

## Bülow-Pianos.

Der grosse Pianist Prof. Dr. Hans von Bülow fand die Pianos von Arnold, Aschaffenburg, in Ton und Spielart unübertroffen und wählte eines zu eig. Gebrauch. Durch den direkten Verkauf von d. Fabrik und der Ersparung des Händlernutzens beste und billigste Bezugsquelle und sicherste Garantie.

### Gold- u. Silberwaren

werden billig und sauber repariert, neu vergoldet und versilbert. Umarbeiten von alten Sachen rasch und billig

**Kaiserpassage 7a**  
Chr. Fränkle 725  
Karlsruhe Goldschmied

Broschüre & Schadloshaltung  
v. Erfindern d. d. Patentanwaltsbüro Karlsruhe  
Kriegsstr. 77.

**Die Entscheidungen**  
der Gerichte und Behörden aus dem gesamten Gebiete der Staats- und Gemeindeverwaltungen veröffentlicht die 14tägig erscheinende

**Badische Rechtspraxis**  
Preis halbjährlich 5 Mk.  
und ist dadurch  
**den Gemeinden unentbehrlich.**

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt von  
**G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe**

**E. Neu Nachfolger** Modehaus für  
Inh. S. Michel-Bösen **Damen-Konfektion,**  
Kaiserstrasse 74 **Tel. 425** **Pelzwaren und Putz**

beehrt sich den Empfang der neuesten Moden aus den tonangebenden Pariser, Wiener und Berliner Häusern hiermit anzuzeigen

## COLOSSEUM

Telephon: 1988      Direktion: J. Raimond.      Telephon: 1988

**Programm vom 16. - 30. September 1908:**

<p><b>Agnes Kremsler</b>, Kombination-Song- und Lied-Neubild.</p> <p><b>Max Thierbach</b>, aktueller Humorist.</p> <p><b>Syberg</b>, gymnastischer Akt.</p> <p><b>Arthur Illing</b>, Komiker.</p> <p>Kurzes Spiel des hier so beliebten Soubretten-Darstellers <b>Man-De-Wirth</b>.</p> <p>Kasseneröffnung: 7 Uhr.</p>	<p><b>6 Dornfels</b>, Damen-Gesang und Tanzensemble.</p> <p><b>A. Wüthner's Burleske-Ensemble</b>, in jeder Vorstellung zwei Burlesken, ständiger Repertoire-Wechsel.</p> <p><b>Carl Wittman</b>, sächsischer Charakter-Komiker.</p> <p>Der Kinematograph.</p> <p>Anfang: 8 Uhr.      Ende: gegen 11 Uhr.</p>
--	---

Spart Zeit, Arbeit, Geld!

Das **Waschmittel** der **Zukunft!** Erzeugt dauernd blendend weiße Wäsche!

**Persil**

Garantiert chlorfrei und unschädlich.      Millionenfach erprobt!

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf**

in unserem Bureau zur Einsicht auf, wofür auch 2 Entwurfszeichnungen nebst Gewichtsberechnung, solange der Vorrat reicht, an persönlich erscheinende Bewerber gegen eine Gebühr von 1 M. abgegeben werden. Angebote, lautend auf 100 kg Flußstahl und 100 kg Flußstahl einschl. Montage und Aufstellung, sind bis längstens **Montag den 28. September d. J., nachmittags 5 Uhr**, postfrei, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, an unterzeichnete Dienststelle zu richten. Zuschlagsfrist 14 Tage. T. 850.2.1 Freiburg, den 15. September 1908. **Großh. Bauinspektion I.**

Bis anfangs Oktober

gewähren wir auf nachstehende Artikel **Rabatt von 5-20%** oder entsprechende Rabattmarken.

**Beleuchtungskörper** für Gas und Elektrisch, Kronleuchter, Speisezimmer- und Tischlampen, **Bade-Einrichtungen, Toiletten, Gaskoch- und Bratapparate, Gasheiz- und Petroleumöfen.**

Ständig Eingang von Neuheiten.

## Emil Schmidt & Cons.,

Kaiserstrasse 209, gegenüber dem Moningerbau.  
Ingenieur-Bureau und Lager: Hebelstrasse 3.

Am 1. u. 15. jeden Monats beginnen neue Kurse

Handelslehranstalt u. Töchterhandelschule **Merkur** KARLSRUHE Kaiserstr. 115

Gewissenhafte Ausbildung in allen kaufm. Lehrfächern und Sprachen für Damen und Herren

**Stenographie - Maschinenschreiben** (Gabelberger, Stolze-Schrey) (8 Systeme)

**Buchführung** (einfach, doppelt, amerik.) **Abendkurse**

**Korrespondenz** Rundschrift, Wechsellere, kaufm. Rechnen, Kontorarbeiten, Kontokorrentwesen etc.

à Kursus 10-20 Mark

**Deutsch - Englisch - Französisch** Eintritt zu einzelnen Fächern jederzeit

Vollständige Ausbildung f. d. kaufm. Beruf - Prakt. Uebungskontor

Nachweisbar erfolgreiche Stellenvermittlung u. Ausführliche Auskunft und Prospekt bereitwilligst durch **Direktor P. Glässer**, Mitglied des Vereins Deutscher Handelslehrer.

**Bekanntmachung.**

Auf **1. Oktober d. J.** ist bei dies. Amte eine **Kanzleihilfsstelle** mit einer Jahresvergütung von 900 M. zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der Aktiare wollen sich melden. T. 856 Säckingen, den 15. September 1908. **Großh. Bezirksamt Kapferer.**

**Vergabung von Wagenkranen.**

Wir haben die Lieferung von vier Stück Eisenbahnwagenkranen zu vergeben. Die Bedingungen werden von unserem maschinentechnischen Bureau gegen Einreichung von 1 M. abgegeben. Die Angebote sind postfrei, verschlossen und mit der Aufschrift „Vergabung von Wagenkranen“ bei dem maschinentechnischen Bureau der Großh. Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen in Karlsruhe einzureichen. Die Eröffnung der Angebote findet daselbst am **17. Oktober d. J., nachmittags 6 Uhr**, statt. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Für die Vergabung ist die Verordnung des Großh. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907, das Vergabungsweesen betreffend, maßgebend. T. 853 Karlsruhe, den 14. September 1908. **Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.**

## Gute Resultate

Ihrer Reise-Aufnahmen (Platten und Films) werden Sie haben, wenn Sie diese bei der **Photo-Handlung J. Lösch**, **Ferrenstraße 38**, entwickeln lassen. Anfertigung von Kopien, Bergdrückungen zc. bei sorgfältigster Ausführung und billigster Berechnung. T. 704

**Konkursverfahren.**

T. 846. Nr. 6716. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Konsumvereins **Karlsruhe und Umgehung** ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf **Freitag, den 9. Oktober 1908, vormittags 10 Uhr**, vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst, Akademiestr. 2 B, III. Stock, Zimmer Nr. 50 bestimmt. Karlsruhe, den 14. September 1908 **Gruner**, Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 8.

## 2 kleine Flügel,

wenig gespielt, von **Th. Steinweg Nachf. und Kaps** sind zu 1150 M. und 950 M. mit 5jähriger Garantie zu verkaufen bei T. 743 **L. Schweisgut, Karlsruhe** Erbprinzenstraße 4.

**Vergabung einer eisernen Brücke.**

Wir haben die Lieferung und Aufstellung des Eisenwerks (Blechträger) einer Wegüberführung am oberen Ende der Station **Hirschsprung** im Gesamtgewicht von rund 29 500 kg Flußstahl und 500 kg Flußstahl nach Maßgabe der Verordnung des Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen auf Station **Hirschsprung**, sowie

## LUGANO Hotel Sommer

Erstklassiges deutsches Familienhotel in allerbesten, ruhigster Lage am See, mit großem Park. **Idealster Herbstaufenthalt.** Mäßige Preise. Bekannt vorzügl. Küche. Gest. illustr. Prospekt verlangen. Bes.: **Karl Sommer.**

Alpirsbach bei Freudenstadt (Schwarzwald)

## Sanatorium für Nervenleiden u. innere Krankheiten von Dr. med. K. Würz.

Das ganze Jahr geöffnet. - Prosp. grat.

**Deutsch-französischer Verband (Verkehr mit und über Elzsh-Lothringen) und deutsch-südfranzösischer Verband (Verkehr mit den Paris-Lyon-Mittelmeerbahnen).**

Am 1. Oktober 1908 tritt ein neuer Anhang zu den Gütertarifen, enthaltend ein Verzeichnis der französischen Stationen nebst Uebersichtsliste, an Stelle des Anhangs vom 1. Januar 1905 in Kraft. Er kann durch unsere Dienststellen zum Preise von 1 M. 60 Pf. bezogen werden. T. 854 Karlsruhe, den 14. September 1908. **Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.**